Anfrage

Stadt Karlsruhe
Der Oberbürgermeister

Vorlage Nr.: 2026/0871

Eingang: 16.10.2026

Entwicklung und Erfassung von Straftaten und Gewalt gegen religiöse Gruppen und Einrichtungen in Karlsruhe
Anfrage: FÜR

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	24.11.2026	40	Ö	Kenntnisnahme

1. Welche statistischen Daten oder Lageberichte liegen der Stadtverwaltung Karlsruhe für die vergangenen zehn Jahre hinsichtlich Straftaten, Gewaltdelikten und Sachbeschädigungen gegen religiöse Gruppen bzw. deren Einrichtungen (wie Kirchen, Synagogen, Moscheen, Gemeindezentren, Gebetsräume oder Friedhöfe) im Stadtgebiet vor?

a) Wie schlüsseln sich diese Zahlen nach den jeweiligen betroffenen Religionsgemeinschaften auf (z. B. christenfeindliche, antisemitische, islamfeindliche oder sonstige Vorfälle)?

b) Wie verteilen sich die registrierten Fälle auf die konkreten Deliktsarten (Gewalttaten, Körperverletzungen, Sachbeschädigungen/Vandalismus, Brandstiftungen, Bedrohungen, Propagandadelikte oder Volksverhetzung)?

2. Welche Erkenntnisse liegen der Verwaltung hinsichtlich der Motivlagen und Phänomenbereiche der Täter vor (z. B. politische Ausrichtung, religiöse Ideologie oder sonstige Zuordnung)?

3. Wie bewertet die Stadtverwaltung Karlsruhe die aktuelle Sicherheits- und Gefährdungslage für religiöse Einrichtungen und Gemeinschaften im Stadtgebiet?

4. Welche konkreten Schutz- und Präventionsmaßnahmen wurden in der Vergangenheit ergriffen oder sind gegenwärtig geplant?

Sachverhalt / Begründung:

Die freie und ungestörte Religionsausübung gehört zu den Grundpfeilern unseres freiheitlich-demokratischen Zusammenlebens. Bundes- und europaweite Berichte und Studien der vergangenen Jahre zeigen jedoch eine besorgniserregende Entwicklung: Religiöse Gemeinschaften sehen sich zunehmend Anfeindungen, Beleidigung, Diskriminierungen, Vandalismus und offener Gewalt ausgesetzt.

Nach dem Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober 2023 stiegen antisemitische Vorfälle und Straftaten spürbar an; viele Jüdinnen und Juden berichten von wachsender Verunsicherung und Ausgrenzung im Alltag. Gleichzeitig dokumentieren Sicherheitsbehörden und Beobachtungsstellen in ganz Europa und Deutschland eine Zunahme von Kirchenvandalismus, Brandstiftungen und Angriffen auf christliche Einrichtungen. Auch muslimische Einrichtungen und Gläubige sehen sich wiederkehrend mit Bedrohungen und antimuslimischen Übergriffen konfrontiert.

Für eine weltoffene Stadt wie Karlsruhe, die für Rechtssicherheit und Vielfalt steht, ist es von zentraler Bedeutung, eine genaue Bestandsaufnahme über die Lage vor Ort zu haben. Um Gefahren frühzeitig zu

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier

erkennen, den Schutz von Gotteshäusern und religiösen Versammlungsorten zu gewährleisten und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger aller Religionsgemeinschaften zu stärken, bedarf es transparenter Daten und verlässlicher Lagebilder.

Mit dieser Anfrage möchte die Wählergruppe FÜR Karlsruhe in Erfahrung bringen, wie sich die Fallzahlen und das Bedrohungspotenzial im Stadtkreis Karlsruhe in den letzten zehn Jahren entwickelt haben, welche Schutzmaßnahmen existieren und wie die Verwaltung präventiv tätig wird.

Unterzeichnet:
Friedemann Kalmbach